

36 Nach der Auflösung der Sowjetunion. Die Krim als Teil der unabhängigen Ukraine

„Holt uns zurück!“ – schrien die Sevastopol’er dem Moskauer Bürgermeister zu [...] In Sevastopol’ wurde Jurij Lužkov mit russischen Fahnen und Transparenten „Russisches Sevastopol“ begrüßt. Ungefähr Tausend Mitglieder prorussischer Organisationen versammelten sich auf dem Nachimov-Platz und riefen dem Moskauer Bürgermeister zu: „Wir sind mit Russland!“, „Holt uns zurück!“. Nach der feierlichen Eröffnung des Geschäfts- und Kulturzentrums „Moskau“, das in Sevastopol’ bereits verkürzt „Moskauer Haus“ genannt wird, erklärte Lužkov den Sevastopol’ern, dass „die Prozesse, die Sevastopol’ und die Krim Russland entrissen, Wunden im Herzen des russischen Volkes verursacht haben“. Dann brach der Applaus der Menge aus. Nach der Kundgebung brachte ein Boot des Kommandanten der Schwarzmeerflotte der Russländischen Föderation Lužkov zum Kreuzer „Moskau“, wo das Abendessen auf ihn wartete. Es wurde bekannt, dass dem teuren Gast nach Flottenbrauch geröstetes Spanferkel serviert wurde.¹

Der in der Zeitung der Kommunistischen Partei der Ukraine 2007 veröffentlichte Artikel über den Besuch des von 1992 bis 2010 amtierenden Moskauer Bürgermeisters, Jurij Lužkov (*1936), deutet einige der politischen Probleme an, welche die Halbinsel nach der Auflösung der Sowjetunion im Jahr 1991 zu vergegenwärtigen hatte: Ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung der mehrheitlich von RussInnen und UkrainerInnen bewohnten Halbinsel (beileibe nicht nur in Sevastopol’) wollte die Zugehörigkeit zur unabhängig gewordenen Ukraine nicht akzeptieren – sie waren deshalb „mit Russland“. Genauso wollte die Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner der Russländischen Föderation eine ‚ukrainische Krim‘ nicht akzeptieren. Der seit 2000 als zeitweiliger Unterstützer Vladimir Putins und lautstarker Homosexuellengegner in Russland sehr populäre Lužkov gehörte zu den Politikern, die sich seit Beginn der 1990er Jahre besonders gegen eine ukrainische Krim positioniert hatten und antiukrainische Kräfte auf der Halbinsel aktiv unterstützten; wegen der gegen ihn erhobenen Korruptionsvorwürfe verlor er später sein Amt. Vordem erklärte er die Halbinsel aber zum „russischen Palästina“² und Sevastopol’ zu einer russischen Stadt, was ihm 2008 zeitweilig ein Einreiseverbot in die Ukraine eintrug.³ Ungeachtet seiner und anderer Proteste gegen die Zugehörigkeit ‚unserer Krim‘, wie es in den russischen Debatten seit den 1990er Jahren dann bald hieß, zur Ukraine, verpflichtete sich der Kreml auf dem internationalen Parkett zur Anerkennung der nach dem Zerfall

¹ Pupčenko u. Dremova (2007).

² Lužkov (2000), 5.

³ Kalnyš u. Solov’ev (2008).

der UdSSR entstandenen Grenzen: In der sog. Budapester Erklärung von 1994 hatten die USA, Großbritannien und die Russländische Föderation, u.a. als Gegenleistung für einen Nuklearwaffenverzicht der Ukraine, Kasachstans und Weißrusslands, deren Souveränität und die bestehenden Grenzen anerkannt; dies sollte im Kontext der Ereignisse von 2014 noch relevant werden (Kapitel 37).⁴ Zweifellos hatte Moskau in der schwierigen Situation Anfang der 1990er Jahre aber eher aus politischer Machtlosigkeit als aus Überzeugung auf die Halbinsel verzichtet.

Sevastopol' – so Charles King 2010 – „liegt in der Ukraine und ist nicht wirklich Teil von ihr“.⁵ Tatsächlich wurde die Stadt nach 1991 das Zentrum prorussischer Gruppen und blieb Stützpunkt der Schwarzmeerflotte der Russländischen Föderation. Zugleich beherbergte sie auch die ukrainische Marine. In den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit war der Status der ehemaligen sowjetischen Marineeinrichtungen sowie der Roten Flotte zwischen Kiew und Moskau höchst umstritten gewesen. Der Vertrag von 1997 regelte schließlich die Aufteilung der Schiffe und den Verbleib der russischen Streitkräfte in Sevastopol' – und hätte eigentlich bis 2017 gültig sein sollen. Aber schon 2010 verlängerte der prorussisch eingestellte ukrainische Präsident Viktor Janukovyč (*1950) mit der sog. Charkiver Vereinbarung den Vertrag bis 2042. Im Gegenzug sicherte der damalige russische Präsident Dmitrij Medvedev (*1965) der Ukraine günstigere Konditionen für die stets zwischen beiden Ländern umstrittenen russischen Gaslieferungen sowie weitere finanzielle Ausgleichszahlungen zu.⁶

Ein weiteres Thema war die seit dem Ende der 1980er Jahre zunehmende, von manchen Rückschlägen begleitete Rückkehr krimtatarischer Menschen auf die Halbinsel. Die Wanderungsbewegung wurde so groß, dass bis zur Annexion 2014 ihr Anteil ca. zwölf Prozent der Gesamtbevölkerung betrug.⁷ Die Repatriierung war in den letzten Jahren der UdSSR übrigens von Moskauer Seite geplant gewesen, und ein „staatliches Programm für die Rückkehr der Krimtataren in die Oblast' Krim“ war dafür aufgelegt worden. 1989 hatte die sowjetische Regierung das Rückkehrrecht offiziell garantiert, was erst durch Gorbachev möglich geworden war. Schon Ende 1986 war es zudem zur Entlassung des Jahre seines Lebens in Lagern und Gefängnissen weggesperrten krimtatarischen Aktivisten Cemilev gekommen, und seit 1987 gab es wiederholt tatarischerseits größere Protestkampagnen, die in der ganzen Sowjetunion zur Kenntnis genommen wurden. Das

⁴ Kappeler (2014), 355. Für den entsprechenden Text vgl. u.a. Memorandum (2014).

⁵ King (2010), hier 319.

⁶ Klußmann (2014). Nach dem Vertrag von 1997 hatte Moskau lediglich 98 Millionen US-Dollar jährlich an Kiew bezahlt, so dass dieses schon deshalb auf Nachbesserung gedrängt hatte.

⁷ Vgl. die Tabelle (Appendix 1) bei Sasse (2007), 275.

staatliche Rückkehrprogramm sollte bei praktischen und finanziellen Problemen der Ankömmlinge helfen; das Ende der Sowjetunion allerdings – also des Staates, der die Deportationen exekutiert hatte – bedeutete dann zugleich das Ende der Unterstützung, was einer gewissen Ironie nicht entbehrt.⁸ Weitere Schwierigkeiten kamen für die Rückkehrwilligen hinzu: Der Übertritt von einer Staatsbürgerschaft (z. B. der usbekischen) zu einer anderen (also der ukrainischen) gestaltete sich kostenintensiv und aufwendig, da dies mit hohen Gebühren und Reisetätigkeiten verbunden war. Den von der Ukraine bestimmten Stichtag für den erleichterten Zugang zur ukrainischen Staatsbürgerschaft hatten viele verpasst. Doch selbst wenn diese Probleme gelöst worden waren, die Übersiedlung gelungen und ein Ausweispapier vorhanden war, so gab es weitere Schwierigkeiten: Die russophone Mehrheitsbevölkerung auf der Krim zeigte sich nämlich keinesfalls begeistert über die Neuankömmlinge. Deren Ansprüche auf Boden und Besitz fürchteten sie genauso wie die Konkurrenz auf dem angespannten Arbeitsmarkt. Zudem hatte das in zarischer und in sowjetischer Zeit gepflegte Misstrauen gegen KrimtatarInnen (die als ‚fremd‘, ‚gefährlich‘ und ‚verräterisch‘ wahrgenommen wurden) bei der slavischen Bevölkerung Spuren hinterlassen. Vielleicht regte sich auch bei einigen russischen oder ukrainischen Krim-BewohnerInnen so etwas wie ein schlechtes Gewissen, waren die Deportationen doch ohne Zweifel Unrecht gewesen. In jedem Fall kam es vor allen Dingen seit 2003 zu einer ganzen Serie von gewaltsamen Zusammenstößen zwischen tatarischer und slawischer Bevölkerung, bei denen es um symbolische und finanzielle Wiedergutmachung erlittenen Leidens, Land, Wohnraum und im Allgemeinen um die Konkurrenz um die knappen ökonomischen Ressourcen ging.⁹

Die sog. Orange Revolution gegen Ende 2004¹⁰, die nach zielgerichteten Fälschungen der Präsidentenwahlen zu einer weitgehend gewaltlosen Protestbewegung gegen das korrupte System geführt und Viktor Juščenko (*1954) schließlich zu seinem verdienten Sieg verholfen hatte, hatte auf der Krim relativ wenige Anhänger. Dies zeigte sich in den Ergebnissen, welche Juščenko bei den beiden umstrittenen Wahlgängen dort und abweichend von den meisten anderen Gebieten in der Ukraine erreichte: im November 14,59 Prozent (in Sevastopol’ 7,61 Prozent) und im Dezember 15,41 Prozent (in Sevastopol’ 7,96 Prozent). Sein prorussischer Gegenkandidat Janukovyč hatte eindeutig die Nase vorn.¹¹ Allgemein stimmte die Krim (so wie die ebenfalls russisch-sowjetisch geprägte Ostukraine) bei Wahlen anders als die übrige Ukraine ab. Schon die im Dezember

⁸ Vgl. Williams (2001), 451.

⁹ Spannung (2003). Ausführlich hierzu Malek (2017), hier 168–177.

¹⁰ Vgl. u. a. D’Anieri (2011).

¹¹ Vgl. Sasse (2007), 263.

1991 abgehaltene Volksabstimmung über die Anerkennung der am 24. August erklärten Unabhängigkeit hatte dies gezeigt: Insgesamt neunzig Prozent der zu den Urnen gegangenen Bevölkerung stimmten für einen eigenständigen Staat, was bedeutete, dass nicht nur UkrainerInnen für die Unabhängigkeit votiert hatten, stellte diese Nationalität doch nur 73 Prozent der Bevölkerung. Auf der Krim hingegen war die Zustimmung weitaus geringer ausgefallen, denn nur 54,2 Prozent befürworteten die Loslösung von der in Auflösung begriffenen Sowjetunion.¹²

Während ein nicht unerheblicher Teil der slavischen Bevölkerungsmehrheit also in einem bewahrenden Sinne agierte, zeigten sich die krimtatarischen Rückkehrer an einem politischen Neuanfang – allerdings mit deutlichen Rückbezügen auf die als „golden“ eingeschätzte Vergangenheit (Kapitel 32) – interessiert. Die politische Organisation war ein wesentlicher Teil dieses Projekts. Schon im Juni 1991, also vor der oben angesprochenen Unabhängigkeitserklärung und in Anwesenheit des schnell zur allseits anerkannten Führungspersonlichkeit avancierten Cemilev, gründeten sie in Simferopol' eine Nationalversammlung. Sie wählten dafür abermals den bereits in der Revolutionsphase von 1917/1918 gebräuchlichen Namen *Qurultay*. In einer „Deklaration über die nationale Souveränität des krimtatarischen Volkes“ wurden die Halbinsel als „nationales Territorium“ beansprucht und Entscheidungen über eine eigene Flagge und Hymne getroffen. Das Verhältnis zu den nichttatarischen Nationalitäten sollte auf der Grundlage der allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte geregelt werden. Als Repräsentativorgan wurde ein 33 Personen umfassender „Meclis des Krimtatarischen Volkes“ (krimtat.: *Qırımtatar Milliy Meclisi*) konstituiert, der die Interessen gegenüber der Zentralregierung vertreten und mit internationalen Körperschaften kommunizieren sollte. Mit großer Selbstverständlichkeit wählte man Cemilev zum Vorsitzenden. Als Stellvertreter trat erstmalig der heute ebenfalls zur Gallionsfigur gewordene Refat Çubarov (*1957) in Erscheinung. Schnell entwickelte sich ein funktionierendes Netz lokaler Vertretungen über weite Teile der Halbinsel.¹³ Dass sich sowjetische bzw. dann russische Kräfte innerhalb und außerhalb der Halbinsel an dem Anspruch der tatarischen Bevölkerung auf die Krim als nationales Territorium störten und immer wieder die Auflösung des Meclis forderten,¹⁴ nimmt nicht wunder, ging es doch letztlich um die mehr als nur symbolische Frage, wem die Krim eigentlich ‚gehöre‘. Formal stand die Zugehörigkeit zum unabhängigen Staat der Ukraine aber fest. Dennoch erkannte Kiew lange Zeit den

¹² Kappeler (2014), 253.

¹³ Ich folge hier Malek (2017), vor allen Dingen 181–191.

¹⁴ Pro-Russia Groups (2010).



Abb. 15: Flagge der KrimtatarInnen

Meclis nicht offiziell an. Erst unter dem Präsidenten Leonid Kučma (*1938, Präsident 1994–2005) wurde ein „Rat der Repräsentanten des krimtatarischen Volkes“ installiert, der mit den Mitgliedern des Meclis ident war; ob dies aber nun die rechtliche Anerkennung bedeutete, wurde kontrovers diskutiert.¹⁵

Kiew hatte nach der Unabhängigkeit Schwierigkeiten, auf der Halbinsel reale Macht zu implementieren und kam deshalb der Region insofern entgegen, als dass dieser als einziger innerhalb der zentral aufgebauten Verwaltungsstruktur Autonomiestatus gewährt wurde. 1992 verabschiedete das von prorussischen Parteien dominierte Parlament der Krim (ukr.: *Verchovna Rada Avtonomnoï Respubliki Krym*; russ.: *Verchovnyj Sovet Avtonomnoj Respubliki Krym*; krimtat.: *Qırım Muhtar Cumhuriyetiniñ Yuqarı Radası*) eine eigene Verfassung und positionierte sich eindeutig separatistisch. Zentral dabei war das „*Respublikanskoe dviženie Kryma*“ (RSD, Republikanische Bewegung der Krim) unter Jurij Meškov (*1945), das offen für die Abspaltung von der Ukraine und den Anschluss an Russland oder einen unabhängigen Krim-Staat im Rahmen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) plädierte.¹⁶ Kiew gelang es aber vorerst, die zentrifugalen Kräfte zu beruhigen, u. a. durch eine in Übereinstimmung mit der ukrainischen Konstitution stehende Krim-Verfassung. Diese erklärte neben dem Ukrainischen und dem Russischen das Krimtatarische zur offiziellen Sprache. Sasse bewertet das damalige Kiewer Vorgehen als klug, sei es doch gelungen, die „Region (Krim), de[n] Staat (repräsentiert durch die Institutionen in Kiew) und d[as] internationale

¹⁵ Malek (2017), 182f.

¹⁶ Marples u. Duke (1995), 276.

Umfeld (das die politischen Akteure in Moskau prägten)“ durch Anreize und Restriktionen in Balance zu halten.¹⁷

Eine Zeitlang war diese Strategie erfolgreich, solange nämlich auf der Krim genauso wie in anderen Teilen der Ukraine die Hoffnung auf Normalisierung der Verhältnisse – u. a. eine deutliche Reduktion der in allen Teilen der ehemaligen Sowjetunion allgegenwärtigen Korruption – und Prosperität bestanden hatte. Diese erfüllte sich nicht, nur reagierte die Bevölkerung in den verschiedenen Regionen der Ukraine sehr unterschiedlich: Während man im Westen des Landes und auch in der Zentralukraine sowohl während der sog. Orangen Revolution als auch während des Euromaidans 2013/14 (Kapitel 37) das Land von innen reformieren wollte, waren die Ostukraine und auch die russische Krim auf eine Lösung von außen fokussiert – durch die Russländische Föderation. Während der Administration Juščenkos, der nicht nur die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, sondern auch in der Nato für erstrebenswert hielt, war in russischen Kreisen die Vorstellung von der Ukraine als eine Art trojanisches Pferd des Westens gewachsen. Der Widerhall dieses Konflikts war in Sevastopol’ spürbar, z. B. Anfang 2006, als ukrainische Vertreter der Hafenverwaltung von Jalta den Leuchtturm Ya-13 in Besitz nahmen, der bis dahin von der russischen Flotte genutzt worden war, auf den nun aber auch die Ukraine Anspruch erhob. Als im Spätsommer 2008 im Zusammenhang mit der Südossetien-Krise in weiten Kreisen der Ukraine die Angst umging, man könne das nächste Opfer Russlands sein, reagierten viele BewohnerInnen Simferopol’s und Sevastopol’s mit Anti-Nato-Demonstrationen. Und daran nahmen beileibe nicht nur Personen teil, die ihre Jugend in der UdSSR verbracht hatten und denen somit eine gewisse Nostalgie unterstellt werden konnte, nein – „[e]s waren vor allem junge Leute mit Handys und Designer-T-Shirts, die ein kreatives Straßentheater aufführten, um gegen die US-Präsenz [in Gestalt eines US-amerikanischen Kommandoschiffes vor der Küste; K.S.J.] aufzubegehren“, so berichtete Charles King.¹⁸ Auch das Verbot der Annahme einer zweiten – russischen – Staatsbürgerschaft, die Moskau ukrainischen StaatsbürgerInnen offerierte, führte auf der Krim zu Anti-Kiew- und Anti-NATO-Demonstrationen.¹⁹

Trotz der genannten Probleme war die Annexion der Halbinsel Anfang 2014 nicht vorauszusehen. In jedem Fall sollte die 2010 getroffene Feststellung Sasses, dass die ukrainische Krim-Politik ein „Muster für erfolgreiche Konfliktprävention“ gewesen sei, sich als Irrtum erweisen.²⁰

¹⁷ Sasse (2010), 115.

¹⁸ King (2010), 328.

¹⁹ Vgl. Jobst (2015b), 260f.

²⁰ Sasse (2010), 105.